

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Der Begriff „demokratische Grundsätze“ in Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG

	17
§ 1 Einleitung	17
§ 2 Das Demokratieverständnis des Grundgesetzes als Interpretations- grundlage für die Forderung des Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG	19
I. Parteienstaat als Sonderform der unmittelbaren Demokratie ..	19
II. Kritik der Parteienstaatstheorie	22
III. Ergebnis	25
§ 3 Die Funktion der Parteien im politischen Willensbildungsprozeß als Grundlage für eine Konkretisierung der Forderung nach einer innerparteilichen Ordnung, die demokratischen Grundsätzen ent- spricht	26
I. Vorbemerkung	26
II. Die politische Willensbildung in dem System des Grundge- setzes	27
III. Willensbildungsprozeß im Bundestag	31
A. Fraktionsbildung	31
B. Funktion der Fraktionen	34
1. Regierungsfraktion	34
2. Opposition	39
3. Schlußbemerkung	45
IV. Parteien als Bindeglieder zwischen dem Volk und der parla- mentarischen Willensbildung (Vermittlungsfunktion)	46
V. Informationsfunktion	49
VI. Aktualisierung des Gemeinwillens durch die Parteien (formale Integration)	51
VII. Funktion der Parteien bei der Auffindung des Gemeinwohls (materiale Integration)	53
VIII. Sammlungsfunktion	57
IX. Funktion der Parteien in den Wahlen	57
X. Beziehung von Partei und Fraktion	58

XI. Verfassungsrechtliche Stellung der Parteien	60
XII. Parteifunktionen als Rechtfertigung für die Forderung des Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG	63
§ 4 Die Ausgestaltung der innerparteilichen Ordnung im Hinblick auf die Parteifunktionen	65
I. Hinsichtlich der Sammlungsfunktion	65
II. Hinsichtlich der Vermittlungs-, Informations- und Integrationsfunktion unter Berücksichtigung des Willensbildungsprozesses in den Fraktionen	66
A. Folgen einer unmittelbar-demokratischen innerparteilichen Ordnung	67
B. Folgen einer mittelbar-demokratischen innerparteilichen Ordnung	71
III. Die mittelbar-demokratische innerparteiliche Ordnung als Voraussetzung für eine innerparteiliche Willensbildung mit Integrationswirkung	74
IV. Hinsichtlich der Funktion der Parteien in den Wahlen	76
A. Auswahlfunktion	76
B. Präsentationsfunktion	77
V. Schlußbemerkung	78

Zweiter Teil

Die parteiengesetzliche Regelung der innerparteilichen Ordnung als Erfüllung der Forderung in Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG	80
§ 5 Der Umfang des verfassungsrechtlichen Regelungsauftrages (Art. 21 Abs. 3 GG)	80
§ 6 Parteiengesetz und bürgerliches Recht	82
§ 7 Satzung und Programm	83
I. Satzung	83
II. Programm	84
§ 8 Aufbau der Parteiorganisation	86
I. Gliederung der Partei in Gebietsverbände	86
A. Bedeutung der Gebietsverbände für die innerparteiliche Willensbildung	86
B. Organisatorische Zusammenschlüsse gem. § 7 Satz 4 PartG	88
C. Exilorganisationen	88
D. Rechtliche Stellung der Gebietsverbände	89
II. Organe im Sinne des Parteiengesetzes	91

III. Parteiversammlung (allgemein)	91
A. Mitglieder- oder Vertreterversammlung	91
B. Repräsentation im innerparteilichen Bereich	92
IV. Hauptversammlung	93
V. Parteitag	96
A. Aufgabenzuweisung nach dem Parteiengesetz	96
B. Zusammentritt	98
C. Zusammensetzung der Parteitage	101
1. Gewählte Delegierte	101
2. Delegierte kraft Amtes	103
3. Berufung der Delegierten kraft Amtes	107
D. Willensbildung auf den Parteitag	108
E. Schlußbemerkung	110
VI. Vorstand	111
A. Funktion	111
B. Zusammensetzung	112
VII. Geschäftsführender Vorstand	117
VIII. Allgemeiner Parteiausschuß	118
§ 9 Wahl und Abstimmung	123
I. Regelung des Parteiengesetzes	123
II. Geltung der allgemeinen Wahlrechtsgrundsätze	124
A. Allgemein	124
B. Unmittelbar	126
C. Frei	128
D. Gleich	130
E. Geheim	131
III. Wahlvorbereitung	133
§ 10 Rechte und Pflichten der Parteimitglieder	134
I. Die Geltung von Grundrechten und die Grenzen ihrer Anwendung	134
A. Vorbemerkung	134
B. Meinungsfreiheit	138
C. Gleichheitsgebot	143
D. Vereinigungsfreiheit	145
1. Beitritt zu anderen politischen Organisationen	145
2. Innerparteiliche Fraktionsbildungen	145
II. Ordnungsmaßnahmen	146
A. Allgemeine Bedeutung	146
B. Ordnungsmaßnahmen außer Parteiausschluß	150

C. Parteiausschluß	150
III. Automatischer Verlust der Parteimitgliedschaft	152
IV. Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände	152
V. Austritt	156
§ 11 Aufnahme	156
I. Aufnahmeanspruch	156
II. Grenzen des Aufnahmeanspruchs	161
§ 12 Parteischiedsgerichte	166
I. Bedeutung für die innerparteiliche Willensbildung	166
II. Einsetzung	168
III. Verfahren	169
IV. Überprüfung schiedsgerichtlicher Entscheidungen	170
A. Rechtsweg	170
B. Umfang der Überprüfung	173
C. Schlußbemerkung	178
§ 13 Kandidatenaufstellung	179
I. Bedeutung	179
II. Gesetzliche Regelung	180
A. Nach dem Parteiengesetz	180
B. Nach dem Bundeswahlgesetz	182
III. Kritik	185
IV. Vorwahlen als Mittel zur Intensivierung der innerparteilichen Willensbildung	186
A. Darstellung	186
B. Auswirkung von Vorwahlen	190
V. Andere Möglichkeiten der Kandidatenauswahl	194
A. Wahlkreisandidaten	194
B. Listenkandidaten	198
C. Schlußbemerkung	200

Dritter Teil

**Möglichkeiten einer Durchsetzung
der im Parteiengesetz enthaltenen Regeln
für die innerparteiliche Ordnung** 201

§ 14 Parteiverbot	201
§ 15 Verlust der Parteieigenschaft	202

§ 16	Folgen eines Verstoßes der Parteisatzung gegen das Parteiengesetz nach bürgerlichem Recht	203
§ 17	Maßnahmen des Bundeswahlleiters nach § 38 PartG	204
§ 18	Zurückweisung von Wahlvorschlägen wegen fehlerhafter Kandidatenaufstellung	205
§ 19	Möglichkeiten für die Einführung weiterer Sanktionen	207
	I. Allgemein	207
	II. Ausschluß von dem Erhalt öffentlicher Leistungen	207
	A. Verweigerung der Wahlkampfkostenerstattung	207
	1. Die Regelung des § 23 PartG	207
	2. Das Gebot der Chancengleichheit und der Ausschluß von der Wahlkampfkostenerstattung	210
	B. Ausschluß von dem Erhalt sonstiger öffentlicher Leistungen	214
	III. Ausschluß von der Teilnahme an Wahlen	214
	IV. Geldbußen	216
§ 20	Die öffentliche Meinung und Wahlen als Mittel zur Gewährleistung einer demokratischen innerparteilichen Ordnung	217

Literaturverzeichnis